

neues-deutschland.de / 21.09.2016 / Wirtschaft/Soziales / Seite 2

Klimavertrag im Lehman-Style

Bundestag und Bundesrat sollen binnen drei Tagen die Ratifizierung beschließen

Jörg Staude



Foto: dpa/Patrick Pleul

Als der Bundestag im September 2008 nach der Lehman-Pleite die Bankenrettung beschloss, ging es ganz schnell: Innerhalb von drei Tagen wurde das Gesetz ins Parlament eingebracht, diskutiert, im Ausschuss beraten, beschlossen und auch noch vom Bundesrat abgenickt. Ein solcher Gesetzes-Galopp ist ab Mittwoch auch dem »Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015« zgedacht. Mit diesem werden die Verpflichtungen des Weltklimaabkommens für Deutschland ratifiziert.

Um 13 Uhr gibt es im Bundestagsplenum die erste Lesung im »vereinfachten Verfahren«, einem Durchwinken ohne Debatte. Dann geht die 45-seitige Vorlage in den Umweltausschuss. Schon für Donnerstag sind die 2. und die 3. Lesung angesetzt. Bei der sollen die Abgeordneten dann auch ein bisschen reden. Am Freitag darf dann noch der Bundesrat zustimmen und der Bundespräsident unterschreiben. Fertig!

Das plötzliche Tempo hat seinen rechtlichen Grund: Am 7. November beginnt in Marrakesch (Marokko) die nächste UN-Klimakonferenz. Damit Deutschland daran nicht nur als stiller Beobachter teilnehmen darf, muss das »Paris Agreement« ratifiziert sein und der Nachweis darüber spätestens 30 Tage vor Konferenzbeginn bei der UN hinterlegt sein. Diese Frist endet am 7. Oktober. Nach der Sitzung in dieser Woche kommt der Bundesrat aber erst wieder am 14. Oktober zusammen - das wäre zu spät gewesen. Irgendwann in den letzten Tagen müssen diese Terminzwänge der Regierungsbürokratie aufgefallen sein. Den letzten Anstoß dazu dürfte die kürzliche Ratifizierung des Klimaabkommens durch die USA und China gegeben haben.

Auch für Eva Bulling-Schröter, Umweltpexpertin der Linksfraktion im Bundestag, ist es eine »kleine Blamage«, dass ausgerechnet diese beiden Klimabremser die Bundesrepublik überholt haben. Die Koalition habe das parlamentarische Ratifizierungsverfahren »schlicht verpennt«.

Dem Eiltempo bei der Gesetzgebung müssen zuvor die Bundestagsfraktionen zustimmen, indem sie einen sogenannten Fristverzicht erklären. Wenn sie dem - was Oppositionsfraktionen regelmäßig tun - nicht zustimmen, stört das allerdings wenig. Denn mit Zwei-Drittel-Mehrheit können die Regierungsfaktionen jedweden Widerspruch aushebeln. Das Aufbegehren der Opposition ist bei einer schwarz-roten Mehrheit von gut 80 Prozent im Bundestag dann meist auch nur symbolisch.

Auf Einsprüche gegen das geplante Verfahren haben Grüne und LINKE bisher ohnehin verzichtet. Die Grünen unterstützen eine »möglichst schnelle« Ratifizierung des Pariser Abkommens, damit Deutschland von Anfang an dabei ist, erläutert Fraktionsvize Oliver Krischer. »Wir erwarten jetzt aber, dass die Bundesregierung genauso zügig konkrete Maßnahmen zur Umsetzung des Abkommens vorlegt, damit dies keine leere Absichtserklärung bleibt.«

Gerade das wird auch dieses Gesetz der Bundesregierung kaum abverlangen. Inhaltlich besteht die klimapolitische Vorlage nämlich nur aus dem »Paris Agreement«, garniert mit einigen Erläuterungen, Denkschriften und EU-Papieren. Die Vertragsparteien, so heißt es darin, würden »immer ambitioniertere Maßnahmen ergreifen, um die Erderwärmung deutlich unter 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu halten«. Es sollen sogar, klingt es mit erstauntem Unterton aus dem Papier, »Anstrengungen unternommen werden, um den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen« und »in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts Treibhausgasneutralität zu erreichen«.

Dass eigentliche Instrument, um Paris in Deutschland umzusetzen, ist der »Klimaschutzplan 2050« aus dem Umweltministerium, der gerade in der Ressortabstimmung liegt. Nach einigen Eingriffen aus dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Kanzleramt ist er ziemlich wertlos geworden: Zum Bereich Energie heißt es nur noch, langfristig müsse die Stromerzeugung auf erneuerbaren Energien beruhen. Bis wann das erreicht werden soll, bleibt unklar. Das Wort »Kohleausstieg« ist aus dem Dokument verschwunden, es gibt nur die schwammige Prognose, der klimaschädlichste Energieträger werde »schrittweise an Bedeutung abnehmen«. Bei Verkehr und Wohnen getraute sich das Umweltministerium anfangs noch über »zusätzliche Abgaben auf fossile Kraftstoffe und Heizstoffe« nachzudenken. Im aktuellen Entwurf sind sämtliche Hinweise auf eine stärkere Besteuerung fossiler Energieträger verschwunden. Stattdessen will man »ein Konzept zur haushaltsneutralen Umgestaltung der Abgaben und Umlagen im Bereich des Verkehrs vorlegen«.

Das Wort »Klimaschutzplan« sucht man im Ratifizierungsgesetz vergeblich - selbst da, wo es auf die Umsetzung der Pariser Ziele zu sprechen kommt. Verwiesen wird nur auf die Europäische Union, die beim Weltklimaabkommen der eigentliche Verhandlungspartner gegenüber den Vereinten Nationen gewesen ist und sich in Paris verpflichtet hat, ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 40 Prozent zu reduzieren - im Vergleich zu 1990. Dieses Ziel muss noch unter den EU-Staaten im Sinne aufgeteilt werden. Es geht um die Frage, wie jedes Land seinen CO₂-Ausstoß in den Sektoren zu reduzieren hat, die nicht dem Emissionshandel unterliegen. Die Einigung über diese »Lastenteilung« steht noch aus, denn sie ist hoch umstritten zwischen den einzelnen Regierungen und wird durch den anstehenden Brexit noch weiter verkompliziert. Selbst wenn man irgendwann eine Einigung einigt, gilt sie erst ab 2020, dem Jahr also, in dem das Pariser Klimaabkommen das Kyoto-Protokoll als weltweite Richtlinie ablöst.

Noch nicht bekannte Klimaziele, die erst in drei Jahren in Kraft treten - die Ratifizierung von Paris braucht die beim Klimaschutz bremsende Bundesregierung nicht beunruhigen.

Quelle: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1026232.klimavertrag-im-lehman-style.html>